

FR 31.1.07

Die Kraft des Netzes

Das Medium für jedermann dient der Propaganda, deckt aber auch Manipulationen auf und gibt Opfern Namen und Gesichter

VON VIKTOR FUNK

Sie aßen Eis, als neben ihnen eine Bombe explodierte. Nur eine Woche zuvor hatten sie als Mexikaner verkleidet ihren Studiumsabschluss gefeiert, Pepsi getrunken und bis in den Morgen getanzt. Sie lebten in Bagdad.

Die Geschichte der vier jungen Männer Saif, Eihab, Yahya und Ninos ist – so bitter es klingt – eine irakische Alltagsgeschichte. Ob westliche Medien Bombenattentate im Irak vermelden, hängt allein von der Opferzahl ab. Vier Tote sind für gewöhnlich keine Meldung wert. Und wann schon werden die Namen der Getöteten bekannt? Das wollte ein Freund von Saif und Eihab, Yahya und Ninos nicht akzeptieren. Die 21-Jährige sammelte Videofilme und Fotografien der vier Gefährten. Er schnitt einen Film zusammen, unterlegte ihn mit einem arabischen Trauersong und platzierte ihn auf der US-amerikanischen Video-Plattform YouTube.

Seitdem sind die vier jungen Männer keine anonymen Opfer des Irak-Kriegs mehr. Jeder Mensch auf der Welt kann im Netz sehen, wie sie mit Kindern Fußball kicken, in ihren Anzügen vor dem Abschlussfest posieren, auf der Feier tanzen, lachen und lächeln. Das Leid bekommt ein Gesicht. Die Distanz zwischen denen im Krieg und denen außerhalb ist kleiner geworden.

Während traditionelle Medien wie Zeitungen, Fernsehen und auch die erste Generation des World Wide Web nur als Überbringer von Nachrichten dienen, macht das Web 2.0 die Internetnutzer nun zu Handelnden. Unter dem Gedenkvideo des 21-Jährigen notieren Menschen aus Kanada und USA, aus England und Jordanien, dass sie mit ihm mitfühlen. Ein 26-Jähriger aus den USA: „Es ist das Traurigste, was ein Mensch durchmachen kann. Mögen sie in Frieden ruhen und Gott dich und deine Familie stärken.“ Aus Norwegen schreibt ein 22-Jähriger: „Es ist sehr traurig, dass deine Freunde starben. Alle Iraker leiden unter diesem ver*** Krieg.“

Nie zuvor war die persönliche Anteilnahme an weit entfernten Ereignissen auf der Welt so direkt erfahrbar wie seit Web 2.0. Angehörige von Opfern, Soldaten und einfach die, deren Leben sich zufällig zwischen den Kriegsfrenten abspielt, dokumentieren ih-

ren Alltag im Netz. Und manchmal werden die Dokumentationen zum Politikum, wie die Hinrichtung Saddam Husseins.

Das Besondere am Kontrollversagen der irakischen Justiz ist nicht etwa, dass jemand mit einer Handkamera die Erhängung Saddams aufzeichnete. Erst durch das Internet gewann das Ereignis an politischer Kraft. Die Bilder mit dem Originalton aus dem Hinrichtungsraum zeigen, was das offizielle Video aus dem irakischen Fernsehen versteckt: Saddams letzte Lebensminuten waren demütigend. Und jetzt heizen sie die Spannungen auf zwischen Sunniten, zu deren Volksgruppe Saddam gehörte, und Schiiten, deren Angehörige Saddam bei seiner Hinrichtung „zur Hölle!“ wünschten.

Erst die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit zwang die US-Regierung, sich von dem Vorfall bei der Hinrichtung zu distanzieren, die irakische Regierung zu kritisieren und Aufklärung zu fordern. Das Internet – die neue globale Öffentlichkeit.

Nie zuvor war die persönliche Anteilnahme an entfernten Ereignissen so direkt erfahrbar wie seit Web 2.0.

Es sind bisher vor allem Privatpersonen, die dank des Netzes Einfluss ausüben. Als im Sommer vergangenen Jahres die israelische Armee den Libanon bombardierte, enttarnte ein US-Blogger, wie die Nachrichtenagentur Reuters manipulierte Bilder aus Beirut an die Presse lieferte. Einem Reuters-Fotografen war die bombardierte libanesisches Hauptstadt offenbar nicht verqualmt genug, deswegen veränderte er seine Bilder, ließ mehr digitalen Rauch aufsteigen und klonete auch ein zerstörtes Gebäude im Bild zu einem zweiten zerstörten Haus. Den Fotografen Adnan Hajj hat Reuters zwar sofort gefeuert, nachdem die Manipulation aufgeflogen war. Doch die Bilder waren schon in den Medien, weckten Gefühle, und sie trieben Menschen an – zu Protesten gegen Israel oder zur Unterstützung der Hisbollah.

Die Reuters-Kritik des Blogs *littlegreenfootballs* verdankt ihren Erfolg einer wichtigen Voraussetzung. Blog-Einträge, einst hauptsächlich private Notizen, „können nur

dann wirken und politische Kampagnen los-treten, wenn sie gut vernetzt sind“, erklärt der Wissenschaftler Christoph Bieber, der an der Universität Gießen über Internet-Communities forscht. Blogger, die wahrgenommen werden wollen, müssen sich verbinden. Das heißt, sie verlinken andere Blogs mit ihrer Seite und werden mit anderen verknüpft. „So breiten sich Nachrichten schnell aus und haben eine bessere Chance, beachtet zu werden.“

Was wie ein Beweis für die oft verkündete positive Kraft des Internets erscheint, hat auch eine andere Seite: Propaganda breitet sich im Netz genauso schnell aus. Unzählige Videos auf YouTube zur israelischen und der US-Armee beschwören die „Bruderschaft unter Waffen“ und idealisieren den Krieg. Terroristen präsentieren im Web ihre „Erfolge“ bei Anschlägen oder Hinrichtungen von Geiseln. Offenbar dienen Satelliten-Bilder des beliebten Google-Earth-Programms sogar Aufständischen im Irak für Attentate auf ein Lager britischer Truppen. Das Programm bietet dank Satelliten-Aufnahmen von der gesamten Welt einen ebenso beeindruckenden wie beängstigenden Blick auf alle Länder – das eigene Hausgrundstück inklusive. Seit wenigen Tagen hat Google aktuelle Irak-Bilder durch alte ausgetauscht. Das britische Militär-Camp ist nicht mehr drauf.

Wie schnell das Internet eine politische Karriere beenden kann, weiß der US-Republikaner George Allen. Auf einer Veranstaltung zu den Gouverneurswahlen im vergangenen November scherzte er über einen Helfer seines demokratischen Gegners mit rassistischen Sprüchen. Bis dahin galt sein Sieg zum Senator als sicher. Dann reichten nur eine Minute und zwei Sekunden auf YouTube für sein politisches Ende.

Nach den negativen Erfahrungen, die das Welt-Archiv Internet einigen Politikern bereitet, nutzen andere das Netz nun stärker für sich. In USA haben sich vor wenigen Tagen sowohl Hillary Clinton als auch ihr demokratischer Parteikollege Barack Obama per Web-Video auf die Kandidatur zur Präsidentschaftswahl 2008 beworben. Der Vorteil gegenüber der Presse: Die Politiker kommunizieren nicht mehr durch die Filter der Medien, sondern direkt mit den Bürgern. Ih-

re PR-Strategen können noch effizienter am Mythos um die Kandidaten stricken.

Für Politiker in Deutschland könnten bald vor allem zwei Internet-Portale unangenehm werden. *Abgeordnetenwatch.de* und *sie-schreiben-dit.de* rufen Wähler auf, ihre Volksvertreter zur Rede zu stellen. Wollen Sie vielleicht wissen, wie Ihr Abgeordneter beim Antrag auf Verlängerung des deutschen Antiterror-Einsatzes am Horn von Afrika abgestimmt hat? Auf *abgeordnetenwatch.de* können Sie es nachlesen – und bei Nichtgefallen Ihren Vertreter mit kritischen Fragen löchern. Nicht jeder Politiker antwortet. Doch je mehr Abgeordnete sich den Fragen der Bürger stellen, desto stärker wird der Druck auf die Kommunikationsverweigerer. Die neue Transparenz im Parlamentsbetrieb liefert Informationen, die die traditionellen Medien so detailliert nicht bieten. Und vor allem: Die Informationen bleiben lange nach den Abstimmungen abrufbar.

Die Projektbetreiber wollen mit der Dokumentation verschiedener Abstimmungen ein virtuelles Gedächtnis schaffen, die Wähler mit den Gewählten näher zusammenbringen und Bürgern

mehr politische Macht geben. Vor der nächsten Bundestagswahl kann jeder prüfen, wie die amtierenden Abgeordneten sich zu einzelnen Fragen entschieden hatten. „Wir planen eine Interview-Kooperation mit einem Parlamentssender“, kündigt Gregor Hackmack, Mitbegründer von *abgeordnetenwatch.de*, den Ausbau des Portals an. Wenn alles klappt, können Bürger mit ihren eigenen Fragen das Thema bestimmen, zu dem sich Politiker vor der Kamera und im Internet äußern müssen.

Eben diese Einflussnahme und Transparenz, die dank neuer Technologien entsteht, wird von Politikern, Wirtschaftsvertretern und Privatpersonen skeptisch beäugt. Beispielsweise viel Macht werden die Rufe nach Regulierung lauter. Zweimal haben private Internetnutzer mit Vertretern von mehr als 170 Staaten und der Wirtschaft darüber beraten, ob und wie das Netz gezähmt wer-

den kann. Zuerst auf dem Weltinformationsgipfel Tunis 2005 und dann Ende 2006 auf dem Internet Governance Forum in Athen stritten sie über den Einfluss aufs Internet. Zwar hat die Mehrheit der Teilnehmer eine zentrale Aufsichtsbehörde über das globale Netz abgelehnt. Doch sicher sei diese Mehrheit nicht, berichtete das Internet-Magazin *Telepolis*. Nächste Forumrunde ist November 2007 in Rio de Janeiro.

Die Grundsatzfragen: Sollen die Staaten die Kontrolle ausüben? Oder soll sie paritätisch durch Staaten, Wirtschaft und Privatbürger erfolgen? Bedarf es überhaupt eines Organs, fragt dagegen der Gießener Wissenschaftler Christoph Bieber. „Vielleicht ist stattdessen eine dauerhafte Diskussion über die Entwicklungen im Internet sinnvoller.“ So würden Diskussionen nicht mit technischen Regelungen blockiert. Das Forum in Athen war zugleich ein Experiment zum Thema Rechte für alle Internet-Nutzer. Dort mussten Google-Mitarbeiter ihre Arbeit in China einem kritischen Publikum erklären und griechische Politiker sich dafür rechtfertigen, dass sie Internetaktivisten juristisch verfolgen. Gleiches Recht für alle User.

Noch ist die Zukunft des Internets ungewiss. Das Netz kann verbindend wirken, wie im Fall des irakischen Studenten, der um seine Freunde trauert. Das Video stammt vom Bagdad-Blogger „Iraqi Confused Kid“. Der Iraker berichtet auf seiner Web-Seite über sein Leben, kritisiert andere Blogger, weil sie alles im Irak schwarz malen, und zeigt, wie ähnlich er vielen Jugendlichen in westlichen Staaten ist. Seine Lieblingsfilme: *Im Auftrag des Teufels*, *American Beauty*; seine Lieblingsautoren: George Orwell, Isaac Asimov; seine Lieblingsband: Metallica.

Auf der anderen Seite ist das Internet auch eine Falle. China demonstriert, was passiert, wenn kritische Geister im Netz Missstände anprangern. Anfang Januar schloss das Regime mehrere Internetsseiten, die Korruptionsfälle in Behörden dokumentierten. Begründung: Die Seitenbetreiber hätten „schlechte Informationen“ veröffentlicht. Zurzeit zählt die Organisation Reporter ohne Grenzen 50 inhaftierte Cyber-Dissidenten in China; Journalisten, Anwälte, Schriftsteller, politische Quergeister, die im Internet publizierten.

Die Organisation Reporter ohne Grenzen zählt 50 inhaftierte Cyber-Dissidenten in China.